

Für ein linkes Bonn – ökologisch, sozial und solidarisch!

Kommunalwahlprogramm DIE LINKE.Bonn 2009

0. Präambel

DIE LINKE. hat sich auch in Bonn als neue politische Kraft formiert. Wir treten bei dieser Wahl an, um den Bonnerinnen und Bonnern eine Alternative zur Politik der anderen Parteien in Rat, Bezirksvertretungen und an der Verwaltungsspitze zu bieten.

DIE LINKE. steht für soziale Gerechtigkeit und Solidarität. Sie ergreift Partei für abhängig Beschäftigte, Erwerbslose, kleine Selbständige, RentnerInnen, Auszubildende und Studierende, unabhängig von Geschlecht, Alter, Gesundheitszustand, Staatsangehörigkeit oder Hautfarbe. MigrantInnen und Menschen ohne Papiere gehören zu uns. DIE LINKE. steht als emanzipatorische Partei in der Tradition der Frauen-, Arbeiter- und Friedensbewegung.

Für DIE LINKE. ist das Primat der Politik über die Wirtschaft unabdingbar. Unsere Alternative zum entfesselten Finanzkapitalismus – mit Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste – ist der demokratische Sozialismus. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, welche die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet, indem sie den Einsatz der natürlichen Ressourcen sowie die Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch regelt.

DIE LINKE. Bonn steht für eine ökologische und soziale Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung. Wir setzen uns dabei für die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei den politischen Entscheidungsprozessen ein. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist wesentlicher Bestandteil unseres Politikansatzes.

DIE LINKE. Bonn wehrt sich gegen Privatisierungen städtischer Betriebe und die damit für die Beschäftigten einhergehenden Konsequenzen wie Lohndumping und Sozialabbau sowie den Verlust demokratischer Kontrolle. Wir setzen uns für die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe ein.

DIE LINKE. Bonn hält die Armut vieler Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von Kindern, für unvereinbar mit der im Grundgesetz verankerten Würde des Menschen. Armut kann langfristig nicht ohne gleiche Bildungschancen für alle und ein anderes Wirtschaftssystem überwunden werden. Wir kämpfen deshalb für eine emanzipatorische Bildung mit gleichen Chancen für alle Kinder und Jugendliche unabhängig vom wirtschaftlichen und sozialen Status der Eltern.

Die LINKE. Bonn zeigt mit ihrem Kommunalwahlprogramm alternative Lösungsansätze zu existierenden Problemen und Herausforderungen der Zukunft auf. Unser Ziel ist ein linkes, ein ökologisches, soziales und solidarisches Bonn.

1. Kommunale Demokratie, Öffentliches Eigentum und Daseinsvorsorge

Kommunale Demokratie

Demokratie ist mehr als die Delegation von Verantwortung auf Stellvertreter. DIE LINKE. strebt eine Gesellschaft der Teilhabe an. Alle müssen an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken können. DIE LINKE.Bonn tritt daher grundsätzlich für die Ausweitung direkter Demokratie ein. Dies gilt gerade auch für die kommunale Ebene, wo politische Entscheidungen die Menschen unmittelbar betreffen.

Wir fordern konkret:

- Das Land muss die Quoren für Bürgeranträge und Bürgerbegehren massiv senken. Es muss ermöglicht werden, dass solche direkten Beteiligungsformen in allen Bereichen der Kommunalpolitik angewandt werden können.

- Die Bonner Stadtverwaltung muss zur Servicestelle für Bürgerinitiativen und ihre Anliegen werden. Das formale Ausbremsen von Bürgerinitiativen wie „Rettet die Redoute“ ist ein Armutszeugnis für Bonn.
- Die jüngsten Änderungen des Kommunalwahlgesetzes müssen rückgängig gemacht werden! DIE LINKE lehnt die Abkoppelung der OB- von den Ratswahlen ab. Zudem muss die ersatzlose Streichung der Stichwahlen für das Oberbürgermeisteramt rückgängig gemacht werden.
- Herstellung von Öffentlichkeit in den kommunalen Sitzungen durch Beschränkung des nichtöffentlichen Teils auf das rechtlich zwingende Maß. Fraktionssitzungen der LINKEN im Bonner Rat werden soweit möglich öffentlich durchgeführt.
- Die Einführung von Einwohnerfragestunden in Rat, Ausschüssen und Bezirksvertretungen: Eine unbürokratische und bürgerfreundlich ausgestaltete Einwohnerfragestunde kann Informationsdefizite abbauen und die Distanz zwischen Kommunalpolitik und Einwohnerschaft verringern. Aus dem gleichen Grund setzt sich DIE LINKE.Bonn auch für die Stärkung des Bürgerausschusses durch Ausweitung seiner Kompetenzen ein.
- Die bürgerfreundliche Überarbeitung der Satzung zu Bürgerbegehren und Bürgeranträgen. Insbesondere müssen bei Bürgerentscheiden die gleichen Wahlmöglichkeiten bereitgestellt werden wie bei ordentlichen Wahlen.
- Einen partizipativen Bürgerhaushalt für Bonn! Bei der Haushaltsaufstellung entscheidet sich, welche Prioritäten in der Kommunalpolitik gesetzt werden. Wer es mit direkter Demokratie ernst meint, muss daher die Bürgerbeteiligung auch im Bereich der Haushaltspolitik zulassen. Ansätze für einen partizipativ erstellten Bürgerhaushalt gibt es schon in anderen Städten, so in Köln oder im Berliner Bezirk Lichtenberg. Diese gilt es aufzugreifen und auszubauen. Dabei muss ein Bürgerhaushaltsverfahren die Beteiligung der Menschen suchen und ihre Wünsche und Kompetenzen aufnehmen. Das bisherige Bürgerhaushaltsverfahren in Bonn war maßgeblich auf bloße Information über die schlechte Finanzlage ausgerichtet und diente damit vornehmlich der Abschiebung von Verantwortung für die desaströse Haushaltslage und Sparprogramme. Eine mangelhafte Bürgerbeteiligung war bei einem derart verkürzten Ansatz zwangsläufig. DIE LINKE.Bonn will den Bürgerhaushalt neu beleben. Die Entwicklung eines transparenten, auf Beteiligung aller sozialer Gruppen ausgerichteten Bürgerhaushaltsverfahrens für Bonn in enger Zusammenarbeit mit sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteuren wird für uns ein zentraler kommunaler Schwerpunkt.
- Demokratie braucht Vielfalt: DIE LINKE.Bonn will daher selbstbestimmte Medien stärken: Uni-Radio, Bürgerfunk, Stadtteilzeitungen und andere nichtkommerzielle Medienangebote sollen von der Stadt oder den Bezirken unterstützt werden.
- Förderung der demokratischen Selbstorganisation und politischen Teilhabe der MigrantInnen
- Gleichstellung des Bonner Integrationsrates mit anderen Ratsausschüssen, seine Einbindung in entscheidende Fragen der Politik und Verwaltung
- Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Zuwanderer, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben
- Wir fordern die Einführung eines wissenschaftlichen Dienstes für die kommunale Ebene, um die Kontrolle der Verwaltungstätigkeit durch die ehrenamtliche Kommunalpolitik effektiv gewährleisten zu können.

Stärkung der Bezirksvertretungen

Demokratie wächst von unten. Die Bonner Linke bekennt sich daher zu den vier Bezirksvertretungen im Stadtgebiet als bürgernahster kommunaler Ebene. Die Bezirksvertretungen müssen gezielt den Kontakt zu sozialen und kulturellen Organisationen suchen bzw. deren Aktivitäten fördern. Gerade in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit oder hohem Migrationsanteil können die Bezirksvertretungen mit den Menschen

Problemlösungen entwickeln und damit einen wichtigen Beitrag für eine soziale Stadtentwicklung leisten.

Allerdings verhinderten unzureichende Kompetenzen bislang, dass die Bezirksvertretungen tatsächlich als Ausgangspunkt einer bürgernahen Kommunalverwaltung vor Ort wahrgenommen wurden. DIE LINKE. Bonn tritt für eine Ausweitung der Kompetenzen der Bezirksvertretungen ein. Wenn die Bezirksvertretungen als lokale Ansprechpartner in allen Angelegenheiten der Stadtbezirke angenommen werden sollen, müssen sie über die bisherigen Beratungs- und Empfehlungskompetenzen eigene Entscheidungskompetenzen in den Angelegenheiten ihres Gebietes erhalten. Notwendig sind eigene Kompetenzen insbesondere im Bereich der kommunalen Sozial- und Strukturplanung. Hiermit einhergehen muss ein eigenes Budgetrecht für die Bezirksvertretungen. Souverän und handlungsfähig sind Bezirksvertretungen schließlich erst dann, wenn sie selbstbestimmt über eigene Investitionen zur Bezirksentwicklung entscheiden können. Bis zu einer entsprechenden Änderung der Gemeindeordnung tritt DIE LINKE. Bonn dafür ein, dass den Bezirksvertretungen jeweils ihrer Größe entsprechend im Haushalt der Stadt Bonn ein Investitionsvolumen zur freien Verfügung bereit gestellt wird.

Öffentliches Eigentum und Daseinsvorsorge

DIE LINKE.Bonn kämpft für einen starken öffentlichen Sektor in unserer Stadt. Wir sind die Partei des Widerstands gegen Privatisierung in aller Form – auch in Gestalt von PPP-Projekten. Denn Privatisierung bedeutet Demokratieverlust! Was alle brauchen, muss auch allen gehören und demokratisch gesteuert werden. Wir verteidigen die öffentlichen Unternehmen im Interesse der Kunden und der Beschäftigten. Hierzu gehört auch der Einsatz auf allen politischen Ebenen gegen den neoliberalen Ansatz, die öffentlichen Unternehmen von profitablen Geschäftsfeldern auszuschließen und sie auf defizitäre Bereiche zu beschränken.

Kommunale Demokratie setzt kommunale Verantwortung voraus. Fusionen und gegenseitige Beteiligungen öffentlicher Unternehmen führen zur Verwischung von Verantwortlichkeiten, zum weiteren Verlust der ohnehin schwierigen demokratischen Kontrolle. Daher lehnen wir Fusionen öffentlicher Unternehmen ab. Wo Zusammenarbeit öffentlicher Unternehmen, z.B. von Bonn und Rhein-Sieg-Kreis technisch und unternehmerisch sinnvoll ist, treten wir für Kooperationsverträge als Alternative zu Fusionen ein. Nur als letztes Mittel zur Abwendung von Privatisierungen können Fusionen öffentlicher Unternehmen in Betracht kommen.

Öffentliche Einrichtungen müssen sich durch eine hohe Orientierung am Gemeinwohl auszeichnen. Darin sollen sie sich spürbar von privaten, auf Profitmaximierung orientierten Unternehmen unterscheiden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist eine konsequente demokratische Steuerung des kommunalen Eigentums notwendig. Dies bedeutet für DIE LINKE mehr als Sitze für KommunalpolitikerInnen in Aufsichtsräten und Lenkungsorganen:

Mehr Transparenz in städtischen Betrieben!

- Wir fordern für Bonn die Schaffung von bürgerschaftlichen Betroffenen- bzw. Nutzerbeiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und städtischen Beteiligungseinrichtungen. Dies umfasst insbesondere Fahrgastbeiräte bei den SWB, Mieterbeiräte im öffentlichen Wohnungsbau und einen Betroffenenbeirat der ARGE.
- Die Gemeinwohlorientierung der öffentlichen Einrichtungen und städtischen Betriebe muss auch bei der Geschäftsführung und den Aufsichtsräten sichtbar werden. DIE LINKE.Bonn tritt für umfassende Transparenz im Hinblick auf die Vergütung von Managern, Geschäftsführern und anderen herausgehobenen Verantwortlichen ein. Eine Selbstbedienungsmentalität von Kommunalpolitikern darf es in Bonn nicht geben. Die öffentlichen Betriebe gehören den Bonnerinnen und Bonnern. DIE LINKE. tritt daher für eine leistungsgerechte Deckelung der entsprechenden Gehälter und Vergütungen auf der Leitungsebene ein.
- In Arbeitsverträgen und Geschäftsbestimmungen muss verhindert werden, dass Personen, die an verantwortlicher Stelle in öffentlichen Betrieben der Stadt Bonn arbeiten, mit ihrem internen Wissen jederzeit zu privaten Konkurrenten wechseln können.

Leistungsstarke Stadtverwaltung!

- DIE LINKE.Bonn will eine leistungsstarke Stadtverwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern als Dienstleister in öffentlichen Angelegenheiten zur Verfügung steht. Hierfür ist eine angemessene Personalausstattung erforderlich. Der Personalabbau der letzten Jahre hat die Belastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter massiv verstärkt und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung gemindert. Eine substanzielle Verbesserung der Haushaltslage ist hierdurch nicht zu verzeichnen. Im Gegenteil: Die Ausdünnung der öffentlichen Verwaltung hat nicht nur deren Qualität in Mitleidenschaft gezogen. Gleichzeitig mussten zahllose private Fremdfirmen mit angeblichem Know-how engagiert werden. Zugleich wurden Berater- und Gutachterverträge mit neoliberal ausgerichteten Kanzleien abgeschlossen. Neben desaströsen Ergebnissen für ein solidarisches Bonn wurden immense Kosten verursacht.

Mehr Transparenz und Demokratie bei der Sparkasse Bonn!

- Wir stellen uns dagegen, wenn mit dem Geld der Bonner Bürgerinnen und Bürger die Finanzlöcher der Sparkasse Köln-Bonn gestopft werden, ohne dass zuvor die Ursachen der Verluste aufgedeckt und behoben wurden. Rat und Öffentlichkeit haben ein Recht zu erfahren was mit dem Geld der einst profitablen Bonner Sparkasse geschehen ist. Dazu ist eine wirkungsvolle demokratische Kontrolle notwendig! Wir kämpfen daher für eine Entbindung der Verwaltungsräte von ihrer Schweigepflicht!
- Kredite an kleine und mittelständische Gewerbetreibende, Baufinanzierung für die Bürger der Stadt nicht für windige Großprojekte müssen das Geschäft der Sparkasse KölnBonn sein.
- Geschäftsbeziehungen, die durch den „kölcschen“ Klüngel zustande gekommen sind und der Sparkasse Köln-Bonn wirtschaftlich schwer geschadet haben müssen beendet werden.Sollten diese Maßnahmen allein keine Besserung bringen, fordern wir die Rückabwicklung der Fusion, oder die Neugründung eines kommunalen Bonner Kreditinstituts.

Für starke und verantwortungsvolle Stadtwerke!

- Wir fordern eine umfassende wirtschaftliche Betätigungsfreiheit der Stadtwerke. Die Knebelung der Stadtwerke und ihres Wirtschaftskonzeptes durch die von der schwarz-gelben Landesregierung gegen den Widerstand der Kommunen und Gewerkschaften durchgesetzten Änderung des § 107 GO muss beendet werden.
- Keinen Personalabbau bei den Stadtwerken.!Es gibt genug zu tun – Bonn kann auf die Beschäftigten der SWB nicht verzichten.
- Outsourcing von öffentlichen Aufgaben an private Firmen beenden!
- Tariftreue muss zur Bedingung bei Ausschreibungen der Stadt Bonn und ihrer Unternehmen werden!

Rekommunalisierung der Müllentsorgung!

- Die Rekommunalisierung der gesamten Müllentsorgung und -verwertung! Als ersten Schritt: Bewerbung der Stadtwerke um die Entsorgungsaufträge für Wertstoffmüll. Die
- Prüfung aller Ausstiegsoptionen aus dem Dualen System Deutschlands (auch eine vollständige Rekommunalisierung des Bonner Mülls macht keinen Ausbau der Bonner MVA erforderlich).

Bezahlbare ökologische Energie für alle!

- DIE LINKE Bonn setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine Rekommunalisierung des Energiesektors: ein. Mit der Abzocke durch die großen Monopolisten auf Kosten der Gesellschaft muss Schluss sein. Die SWB muss die Netze im Stadtgebiet vollständig übernehmen und die Eigenenergieproduktion steigern. Hierbei müssen die Stadtwerke Vorreiter bei dem Ausbau erneuerbarer Energien sein. Die ökologische Energieproduktion ist eine Zukunftsaufgabe und muss für die Stadtwerke zum Markenzeichen werden. Kooperationen mit anderen öffentlichen Energieproduzenten stehen wir offen gegenüber. DIE LINKE.Bonn setzt sich für Sozialtarife im Strom- und Gasbereich ein.

Für den Erhalt der Bonner Bäder!

- Die LINKE.Bonn steht für eine zukunftsfähige Bäderlandschaft in öffentlicher Hand mit attraktiven Öffnungszeiten und bezahlbaren Preisen. Veränderungen in der Bäderlandschaft dürfen nicht zu einer Angebotsreduzierung führen. Wesentliche Voraussetzung: Kein Personalabbau!

Menschenwürdiges Wohnen garantieren!

- Menschenwürdiges Wohnen ist ein Grundrecht. Für DIE LINKE.Bonn ist klar, dass die Stadt Bonn zivilgesellschaftliche Initiativen für alternative Wohnprojekte fördern muss. Mehrgenerationenprojekte müssen durch die Verwaltung unterstützt werden. Gleiches gilt für eine zivile Nutzung der Ermekeilkaserne. DIE LINKE.Bonn unterstützt zudem genossenschaftliche Modelle im Wohnbereich.
- Bei der Bauleitplanung muss die Schaffung von arbeitsplatznahe Wohnraum Priorität haben. Die Erschließung mit Anbindung an den Öffentlichen Nahverkehr muss von Anfang an zentraler Bestandteil der Planung sein.
- Die Sicherung günstigen und hochwertigen Wohnraums ist allerdings auch öffentliche Aufgabe. Die Zahl der öffentlichen Wohnungen in Bonn ist nach dem Verkauf von städtischen, insbesondere den LEG-Wohnungen erheblich gesunken. Hier muss drastisch umgesteuert werden. Im Laufe der nächsten Legislaturperiode muss der öffentliche Wohnraum in Bonn spürbar ausgeweitet werden. Über die Vebowag müssen in der kommenden Legislaturperiode mindestens 3.000 neue Wohnungen gebaut bzw. erworben werden. Dies ist nach dem Wegfall der LEG-Wohnungen in den letzten Jahren erforderlich, um einen mildernden Einfluss der öffentlichen Hand auf die in Bonn sehr hohen Mieten zu sichern. Ein entsprechender Bestand ist zudem notwendig, um eine sozial ausgewogene Stadtentwicklung zu gewährleisten. Öffentliche Wohnungen in allen Stadtbezirken wirken der zunehmenden Ghettoisierung in unserer Stadt entgegen. Ein ausreichender Bestand an günstigen, hochwertigen Wohnungen ist zudem im Hinblick auf die rigorose (und abzulehnende) ARGE-Praxis bezüglich angemessener Wohnkosten erforderlich. Es muss Schluss sein mit einer Hartz-IV-Politik, die die Betroffenen wegen angeblich zu hoher Mietkosten und fehlendem Angebot aus der Stadt treibt. Die Stadt Bonn muss daher über ausreichend Wohnraum mit direktem Belegungsrecht verfügen.

2. Soziales und Gesundheit

Grundlage einer jeden sozialpolitischen Kommunalpolitik ist die Orientierung der kommunalen Gremien an den Bedürfnissen aller Mitbürger gleichermaßen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, allen Menschen die Möglichkeit zu bieten, an den materiellen, sozialen, kulturellen und politischen Angeboten einer Kommune teilzuhaben und gegebene soziokulturelle, bildungsbedingte oder materielle Ungleichheiten auszugleichen.

Das zunehmende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich zeigt sich insbesondere auf Kommunalebene. Hier gilt es anzusetzen und Korrekturen an den durch die neoliberale Sozialpolitik bedingte Fehlentwicklungen und ihren Auswirkungen auf die Gesundheitspolitik und die Sozialpolitik im weitesten Sinne vorzunehmen.

Die bundesweiten Proteste des Krankenhauspersonales sind ein alarmierendes Signal für eine verfehlte Gesundheitspolitik. Bereits jede zweite Klinik in Bonn schreibt rote Zahlen. Das Personal ist dauerhaft überlastet und unterbezahlt. Die psychiatrischen und Altenpflegerischen Dienste werden nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern an besonderen Richtlinien ausgerichtet, die sich nicht an Qualität orientieren, sondern in Zeit und Geldbeträgen quantifiziert werden.

75 % aller lernbehinderten Kinder verlassen ihre Schule ohne entsprechenden Abschluss, womit ihnen die Chance beruflicher Integration schon im Vorfeld genommen wird. Die Zahl suchtkrank Menschen steigt, aber statt mehr in ihre Betreuung bzw. in die Suchtprävention zu investieren soll ihre Existenz geleugnet werden, indem sie aus der Öffentlichkeit verbannt werden (Bonner Loch). Die Tafeln für bedürftige Personen sind dem Andrang von Bonner Bürgern, die sich ihr tägliches Brot nicht mehr finanzieren können, kaum mehr gewachsen. Jugendliche werden nur noch nach dem Grad ihrer sozialen Auffälligkeit beschrieben, d.h.

ob sie den gesellschaftlichen Konformitätsansprüchen Genüge leisten oder in die Kategorie des gesellschaftlich unbrauchbaren Jugendlichen passen. Es ist zur Normalität geworden, dass Kinder ohne Frühstück in die Schule geschickt werden und auch dort keine finanziellen Ressourcen haben, sich angemessen zu ernähren.

Dies alles sind typische Beispiele für die sozialpolitische Ausrichtung der liberal-konservativen und rot-grünen Regierungen, die in der Agenda 2010 ihre Widerspiegelung findet. Das ökonomische Funktionieren von nicht oder nur zum Teil für den kapitalistischen Produktionsprozess benötigter Menschen ist zur Maxime einer Sozialpolitik pervertiert, deren einzige Richtlinie die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Mensch und Materie darstellt.

Die Linke Bonn ist sich der Verantwortung gegenüber allen Bonner Bürgern bewusst und macht sich dafür stark, jedem Mitbürger die Möglichkeit zu bieten am gesellschaftlichen Leben im weitesten Sinne teil zu haben.

Die Linke Bonn fordert deshalb:

- Individuelle berufliche Orientierungsmaßnahmen an weiterführenden Schulen
- Die Gewährleistung einer Versorgung pflegebedürftiger Menschen hin zu einem selbstbestimmten Leben
- Eine nachhaltige Suchtprävention in den Jugendeinrichtungen und Schulen
- Die Fortführung des Diamorphin-Programms in Bonn. Gegen Krankheit hilft keine Repression. Suchtkranke Menschen müssen daher gezielt Hilfsangebote unterbreitet werden. Dieses muss auch fortgeführt werden, wenn eine (sinnvolle) Kostenübernahme durch die Krankenkassen zukünftig nicht erreicht werden kann.
- Einen Ausbau von Jugendtreffs/zentren mit geschultem Personal und spezifischen Angeboten bezüglich gewaltpräventiver Maßnahmen, insbesondere in Stadtteilen mit vermeintlich erhöhtem Gewaltrisiko.
- Schluss mit den Kürzungen im Bereich von Krankenhäusern und Kliniken
- Eine verbindliche, kostenfreie Gesundheitsprävention für alle Altersklassen
- Eine besondere gesundheitliche Versorgung in belasteten Wohngebieten mit geringer Wohnqualität
- Möglichkeit zur Eröffnung eines kostenlosen Girokonto für jede Bonnerin und jeden Bonner bei der Bonner Sparkasse

Die LINKE erstrebt ein Integratives Gesundheits- und Sozialzentrum (IGS) für den Bonner Norden. Dieses Zentrum hätte

- Die medizinische Versorgungslage in Bonn darf nicht verschlechtert werden. Hierzu gehört die Bestandssicherung und Qualitätsverbesserung der Krankenhauslandschaft. DIE LINKE.Bonn wendet sich vehement gegen die Budgetdeckelung der Krankenhausfinanzierung und den daraus resultierenden Kostensenkungsdruck. Tariffucht, Outsourcing und Qualitätsabbau sind die Folgen. DIE LINKE.Bonn steht für wohnortnahe, qualitativ hochwertige Gesundheitsleistungen in Krankenhäusern, die in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft sind.
- zum einen die fachärztliche, insbesondere kinderärztliche Versorgung sicherzustellen
- zum anderen eine mehrsprachige, zielgerechte wohnortnahe Beratung und ambulante Hilfen in psychologischen, therapeutischen und pädagogische Fragen für Kinder, Familien und ältere Menschen anzubieten
- durch Gesundheitsberatung und Kurse Prävention und Selbsthilfe zu stärken

- Darüber hinaus unterstützt Die Linke in Bonn den Ausbau dezentraler migrationspezifischer Angebote der Gesundheitsförderung und – versorgung.
- Erforderlich ist die Ausweitung leicht zugänglicher Angebote für ältere MigrantInnen in den Bonner Stadtteilen.
- Benötigt wird ein verstärkter Auf- und Ausbau flächendeckender und leicht zugänglicher Beratungsangebote für Frauen in Krisensituationen und eine solide, kontinuierliche finanzielle und personelle Aufstockung von Frauenberatungsstellen und Zentren.
- Untersuchungen belegen besondere psychische und körperliche Mehrfachbelastungen, denen Migrantinnen ausgesetzt sind. Daher ist der Ausbau von psychosozialen Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten mit mehrsprachigem Personal dringend erforderlich.
- Wir wenden uns gegen begrenzte Zugänge zum medizinischen Versorgungssystem und restriktive Einschränkungen im medizinischen Leistungsspektrum für Flüchtlinge
- Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die die Situation von Flüchtlingen ohne Papiere in Bonn verbessern, ihnen eine kostenlose und anonyme medizinische, psychologische und zahnmedizinische Behandlung zugänglich machen.
- Wir fordern einen Sozialfond für Menschen ohne Papiere
- Sicherung der schulischen Ausbildung für Kinder ohne Aufenthaltstatus

Bonn barrierefrei gestalten!

Zahlreiche Mitmenschen sind auf unterschiedliche Weise vorübergehend oder dauerhaft bewegungseingeschränkt. Betroffene sind mit steilen Treppen, fehlenden Aufzügen, Stolperstellen, rutschigen Böden, fehlenden Behindertentoiletten, mangelnder Ausschilderung und vielem anderen mehr konfrontiert.

Es gibt nicht den „Durchschnittsmenschen“, die gesellschaftliche Wirklichkeit ist anders und vielfältiger. Soziale und menschengerechte Bauweise hat darauf Rücksicht zu nehmen. Wir wollen, dass grundsätzlich jeder Mensch alle öffentlich zugänglichen Bereiche ohne Hilfe nutzen kann, soweit es nach aktuellem Stand der Technik machbar ist. Konsequente Enthinderung erfordert Umsicht, Sachverstand und die Einbeziehung von Betroffenen.

Barrierefreiheit muss durchgängiges Thema bei jeder Planung von öffentlichen Bauvorhaben sein. Vorhandene Barrieren müssen systematisch erfasst und abgearbeitet werden. Wir brauchen intensivere Bemühungen, die Integration von behinderten Menschen zu betreiben, für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen, ohne Ausgrenzung. Wir sind für einen Maßnahmenplan „Bonn enthindern“!

DIE LINKE in Bonn fordert:

- intensivere Bemühungen, die Integration von behinderten Menschen zu betreiben, für die gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen, ohne Ausgrenzung.
- verstärkt geeignete Maßnahmen zu treffen, damit Hindernisse und Zugangsbarrieren beseitigt werden und an öffentlichen Gebäude und an Einrichtungen Beschilderungen in Behindertenschrift und in leicht lesbarer Form angebracht werden
- die gezieltere Betreuung von behinderten Kindern und Jugendlichen in Schulen, mit Maßgabe eines qualitativen Schulabschlusses
- eine Entkoppelung der Arbeit in psychiatrischen- oder Behinderteneinrichtungen von quantitativen Vorgaben
- Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage statt den Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren

Für ein geachtetes und selbst bestimmtes Leben im Alter!

Alter ist für uns ein Lebensabschnitt mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, der nicht einfach auf Rente, Pflege oder Kosten reduziert werden darf. An seiner Gestaltung müssen SeniorInnen selbstverständlich aktiv teilhaben. Ihre selbst bestimmte Lebensgestaltung darf nicht durch Diskriminierung, Verarmung oder andere Barrieren behindert werden.

Soziale Kommunalpolitik zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie einen Beitrag im Kampf gegen Altersarmut, Vereinzelung und Entsolidarisierung leistet sowie die alten Menschen an Entscheidungsprozessen teilhaben lässt. Für RentnerInnen müssen stadtteilbezogene Strukturen geschaffen werden, die so lange wie möglich ein selbst bestimmtes Leben in Würde unterstützen und begleiten.

DIE LINKE in Bonn setzt sich ein für:

- die Förderung von politischer Teilhabe und Mitsprache der Betroffenen bei der kommunalen Alten- und Pflegepolitik
- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld
- die konsequente Förderung generationenübergreifenden Wohnens
- Wohnraum, der eigenständiges Wohnen im Alter garantiert
- Herstellung seniorengerechter Barrierefreiheit
- Förderung neuer Wohnformen für ältere MigrantInnen in den Stadtteilen
- Schaffung von mehr dezentralen Einkaufsmöglichkeiten (Genossenschaften oder Vereine) in den Stadtteilen
- Erweiterung der Angebote zur Integration demenzerkrankter Menschen, um ihnen solange wie möglich Lebensqualität und Selbständigkeit zu erhalten
- den Ausbau der Versorgung der Palliativmedizin und Verbreiterung des Hospizangebotes

3. Frauen und Jugend

Frauen fördern statt benachteiligen

Frauen sind im gesellschaftlichen Leben nach wie vor stark benachteiligt. Noch immer ist es so, dass Frauen in der Stunde durchschnittlich 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Nach Branchen in der Region betrachtet, finden sich Frauen vor allem dort, wo generell weniger verdient wird. Besonders stark vertreten sind Frauen in den prekären Niedriglohn- und Teilzeitbeschäftigungen. Das Prinzip „Von Arbeit muss man leben können“ gilt vor allem in der Lebenswirklichkeit vieler Bonner Frauen nicht.

DIE LINKE fordert:

- gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit
- ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft
- eine Abschaffung der Lohndiskriminierung von Frauen.

Fördergelder aus dem Europäischen Sozialfonds der Bundes- und Landesregierung für die Umschulung und Weiterbildung von Frauen zum Wiedereinstieg in den Beruf und Berufswechsel z. B. nach Arbeitslosigkeit oder Kindererziehungszeiten, müssen qualifiziert (mit sicherer Berufsperspektive verknüpft) eingesetzt, und ausgeweitet werden.

Als einer der größten Arbeitgeber vor Ort hat die Stadt Bonn mit ihrer Verwaltung und ihren Beteiligungsgesellschaften viele Handlungsmöglichkeiten, Benachteiligungen von Frauen zu verhindern und eine aktive Frauenförderung zu betreiben. Auch die Arbeitgeberpraxis der kann durch die kommunale Politik gelenkt werden.

- Rat und Fachausschüsse müssen verstärkt familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen
- Von der Stadt Bonn erwarten wir einen energischeren Beitrag, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Frauen in allen Beschäftigungsgruppen, (besonders der Frauen in Zeitarbeitsfirmen) zu verbessern.
- Vor allem müssen die vorhandenen Frauenhäuser finanziell unterstützt werden

Es besteht die Gefahr, dass sich mit der verschärfenden Finanz- und Wirtschaftskrise die Kluft zwischen Reich und Arm vergrößert. Schon heute ist es so, dass Armut und Arbeitslosigkeit in Bonn Frauen besonders hart trifft. Der Blick in die monatlichen Erwerbslosenstatistik in Bonn offenbart die deutlich höhere Arbeitslosigkeit von Frauen. Alleinerziehende, und zu 94 Prozent sind dies Mütter, stellen im Stadtbezirk Bonn fast ein Drittel der in Bedarfsgemeinschaften lebenden SGB II Empfänger (2007: 29,8 Prozent). Insbesondere in den ersten Lebensjahren eines Kindes stehen diese Frauen meist alleine mit der Verantwortung da und treffen auch in der städtischen Öffentlichkeit auf viel zu viele Hürden, wenig Verständnis und Lebenserleichterung. Alleinstehende Frauen mit Kindern müssen stärker unterstützt, statt benachteiligt zu werden.

Gleichstellung der Geschlechter verlangt weitreichende Änderungen in Politik und Gesellschaft, in den Einstellungen und Verhaltensmustern. Emanzipative Politik muss die Diskriminierung in allen Lebensbereichen beseitigen. Frauen müssen auf allen Ebenen sozial und ökonomisch gleichgestellt werden. Dabei geht es nicht nur um gleiche Rechte für Frau und Mann. Es geht um die Abschaffung aller Verhältnisse, die dem Mann allein aufgrund seines Geschlechts den Vorrang gegenüber der Frau geben.

Junge Menschen beteiligen!

Bonn ist eine junge Stadt. Dem wird in den kommunalen Gremien zu wenig Rechnung getragen. DIE LINKE. wendet sich gegen die gängige Auffassung, wonach junge Menschen vornehmlich Probleme verursachen. Die Jugend ist die Zukunft unserer Stadt! Für DIE LINKE. ist daher die direkte Beteiligung junger Menschen an den kommunalen Entscheidungsprozessen notwendig, um eine attraktive Stadtentwicklung dauerhaft zu gewährleisten. Daher treten wir für die verbindliche Verankerung von Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für die Jugend ein. Dies reicht von der Verankerung eines Jugendparlamentes über die Beteiligung der Bezirksschülervertretung insbesondere im Schulausschuss bis hin zur Einführung eines kommunalen Studierendenbeirats.

DIE LINKE. tritt zudem für die Schaffung attraktiver Freizeitangebote für die Jugend ein. Kinderspielplätze und Sportanlagen gehören in Stand gehalten. Freiräume für kreative Freizeitbeschäftigung müssen eröffnet werden. So sollte die Stadt beispielsweise Flächen für legales Graffiti ausweisen. Außerdem ist die Stadt gefordert, Jugendtreffs und Jugendinitiativen direkt zu unterstützen. Hierbei sind insbesondere solche Einrichtungen zu fördern, die für ein kritisches Selbstbewusstsein der jungen Menschen eintreten. DIE LINKE. begrüßt daher Initiativen wie das Schülerstreikkomitee, das mit seinen Aktionen für bessere Bildung gezeigt hat, dass junge Menschen trotz Widerstand Verantwortung für eine gerechte Entwicklung unserer Stadt übernehmen wollen.

4. Arbeit und Wirtschaft

Arbeit

Die zunehmende Entfremdung der Bürger und Bürgerinnen von unserer derzeitigen Gesellschaftsordnung bzw. unserem Wirtschaftssystem zeigt sich in eklatanter Art und Weise in dem Maße wie die menschliche Arbeitskraft zusehends funktional bzw. als reiner Kostenfaktor angesehen wird. Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschlechtert sich immer mehr zuungunsten der Arbeitnehmer. Die grassierende Finanzkrise spricht da Bände. Ein großer Teil der Bevölkerung lebt in permanenter Angst

vor der Arbeitslosigkeit und dem damit verbundenen finanziellen und sozialen Abstieg. Die Folgen der Unsicherheit zeigen sich in einer steigenden Rate von psychischen Erkrankungen wie dem Burn-Out-Syndrom aufgrund von Angstzuständen, Arbeitsüberlastung und Unterbezahlung. Allein in Bonn beziehen mehr als 4.000 Menschen trotz Erwerbstätigkeit Transferleistungen vom Staat, sei es, weil sie kurzfristige, wöchentlich beschränkte Arbeitszeiten haben, sei es, weil ihre Arbeit nur unzureichend entlohnt wird.

Die Zahl derjenigen, die bereits vollkommen von staatlichen Leistungen im Sinne des SGB II und SGB III abhängig sind, beziffert sich in Bonn auf offiziell ca. 11.500. Nicht eingeschlossen sind dabei diejenigen Menschen, die den Weg zur ARGE oder dem Sozialamt scheuen und diejenigen, die sich als 1-Euro-Jobber oder in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) verdingen. Das sind bereits mehr als 5.000 Bonner Bürger. Unsere grundsätzliche Forderung besteht deshalb in der allgemeinen Einführung eines Mindestlohnes, einer Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich und einer Erhöhung des Hartz IV Eckregelsatzes

Die so genannten Qualifizierungsmaßnahmen, welche die ARGE den Arbeitslosen vermittelt, sind im Hinblick auf eine Beendigung der Erwerbslosigkeit zu einem Großteil Scheinangebote, an denen insbesondere die Bildungsträger verdienen - den Erwerbslosen dienen sie aber kaum als Sprungbrett zurück ins Erwerbsleben! Durch die Praxis der Zwangsumzüge von Hartz IV-Betroffenen wird den Erwerbslosen sogar noch die Würde und das Selbstvertrauen genommen.

Das Modell ARGE, so wie es sich tagtäglich präsentiert, hat sich in Bonn und anderswo nicht bewährt. Die transparente und leistungsfähige Neuorganisation der Arbeitsämter bzw. Arbeitsagenturen ist dringend erforderlich. Es muss Schluss sein mit einer undurchsichtigen, unkontrollierbaren und auch verfassungswidrigen Behördenstruktur ARGE, die die Menschen mit ihren Probleme alleine lässt oder drangsaliert.

Die prekäre Lage vieler Geringverdiener und/oder Hartz IV-Betroffener zeigt sich auch eklatant an der Verdoppelung der Fälle in den Schuldnerberatungsstellen oder in der erschreckend hohen Zunahme von Bedürftigen, die (kostenlose) Tafeln aufsuchen müssen, um sich und ihre Familien ernähren zu können.

Gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche müssen die Arbeitnehmerrechte und die Rechte sozial Benachteiligter gestärkt werden!

DIE LINKE in Bonn fordert daher

- ein angemessenes und nachhaltiges Programm zur Beseitigung von Erwerbslosigkeit in Kooperation mit der Stadt Bonn, der Bundesagentur für Arbeit und der ARGE, insbesondere für jugendliche, ältere, Arbeitslose, Arbeitslose mit Migrationshintergrund und Langzeit-Arbeitslose.
- eine effektivere Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bonn und den weiterführenden Schulen bezüglich der Situation auf dem Arbeitsmarkt und dem Hinführen der Schüler in die von ihnen angestrebten Berufe.
- die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Firmen, die ihre Angestellten untertariflich entlohnen
- Maßnahmen zu entwickeln, die wöchentliche Arbeitszeit der städtischen Angestellten, bei vollem Lohnausgleich, sukzessive reduzieren, um so Neueinstellungen zu ermöglichen.
- Jegliche Formen prekarierteter Arbeit sind abzulehnen.

Die fortwährenden Unzulänglichkeiten der ARGE Bonn manifestieren sich in verwaltungstechnischem Dilettantismus, dem dissozialen Verhalten den Kunden gegenüber, einer Welle von Klagen gegen Bescheide und andere Verwaltungsakte, einer Intransparenz der inneren Strukturen der ARGE, sowie der Ineffizienz bei der Wiedereingliederung der Hartz-IV-Betroffenen.

Dringend notwendig ist es daher, den ARGE-Beirat und die ARGE-Lenkungsgruppe durch neutrale soziale Organisationen (Kirchen, Erwerbslosen- und Sozialforen) zu erweitern, die dort gleichberechtigtes Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht besitzen. Des Weiteren gehört es auch zu den Aufgaben des Stadtrats als demokratisch legitimiertes Gremium, Kontrollfunktionen gegenüber der ARGE auszuüben.

Von der ARGE fordert DIE LINKE.Bonn:

- eine menschenwürdige Behandlung der Hartz IV-Betroffenen
- eine Auflösung der forcierten Sicherheitsmaßnahmen innerhalb der ARGE,
- eine kundenfreundliche Arbeitsweise insbesondere von Telefonzentrale und Portal. Dazu gehören längere Öffnungszeiten und bessere telefonische Erreichbarkeit. Anliegen dürfen nicht abgewimmelt werden, sondern müssen ggf. an kompetente Ansprechpartner/innen weitervermittelt werden
- eine angemessene fachliche Qualifikation aller Mitarbeiter/innen der ARGE. Die, die Kundenkontakt haben (Fallmanager/innen, persönliche Ansprechpartner/innen sowie Telefonzentrale und Portal) brauchen zusätzlich eine umfassende psychosoziale Qualifikation.
- Personelle und materielle Aufstockung. Entfristung der befristeten Arbeitsverträge. Keine Zwangsversetzung von Mitarbeiter/innen der BA und der Stadt Bonn in die ARGE
- Einbeziehung der Personalräte der BA und der Stadt Bonn bei personellen Maßnahmen und bei Umstrukturierungen”
- ein Ende des systematischen Auskundschaftens der Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen von SGB-II-Empfängern (Sozialschnüffelei),
- die sofortige Beendigung jeglicher Art zweifelhafter Sanktionen, Repressalien und Schikanen gegenüber den Leistungsempfängern,
- eine angemessene fachliche und psychosoziale Qualifikation der Fallmanager der ARGE verbunden mit einer generellen personellen und materiellen Aufstockung
- eine Unterstützung von Sozialberatungsstellen, wie z.B. dem Erwerbslosen Forum Deutschland, der Arbeitslosengruppe des DGB oder kirchlichen Beratungsstellen, um eine angemessene Sozial- und Rechtsberatung für alle Erwerbslosen zu gewährleisten; die Streichung von Fördermitteln für Beratungsstellen auf Landesebene muss kommunal kompensiert werden,
- nicht weiter die von der Erwerbslosigkeit profitierenden Leiharbeitsfirmen und Bildungsträger in den Mittelpunkt der Arbeit der ARGE zu stellen, sondern die Erwerbslosen selbst: ihnen ist bei der Zuweisung von Qualifizierungsmassnahmen ein effektives Mitspracherecht einzuräumen.
- die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme der sogenannten Ein-Euro-Jobs ist grundsätzlich abzulehnen. Alle laufenden Ein-Euro-Jobs sind unverzüglich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen.
- ein unverzügliches Ende der Zwangsumzüge und den mit den Zwangsumzügen in Verbindung stehenden Kürzungen der Leistungen nach SGB II. Der Schlüssel für die Kosten der Unterkunft (kdu), inklusive der Nebenkosten, muss auf ein dem Bonner Wohnungsmarkt entsprechendes Niveau angehoben werden. Anstatt einer starren Obergrenze müssen flexible Modelle (z.B. Produktmodell) und Einzelfallprüfung insbesondere bei Menschen mit Kindern, älteren und kranken Leuten umgesetzt werden. Insbesondere ist es unzulässig bei Neuanträgen sofort Ein-Euro-Jobs anzubieten und die Leistungsgewährung an deren Annahme zu binden. Jegliche Formen von Abschieben von SGB-II-Empfängern in bestimmte Billigwohngebiete muss vermieden werden.

Wirtschaft

Auf wirtschaftspolitischer Ebene erweist sich die Stadt Bonn als ein herausragender Standort für Wissenschaft, Politik und Kultur. Diese positive Grundvoraussetzung muss zu einem Ausbau dieser Bereiche führen. Dies bedeutet unter anderem eine klare Standortbestimmung für die letzten verbliebenen Bonner Ministerien, sowie die verstärkte Nutzung der Ressourcen für alle Institutionen aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Kunst und Kultur. Die Förderung der Stadt Bonn als Kongress- und Tagungszentrum und der Ausbau des Tourismus sind deshalb unabdingbare Zukunftsinvestitionen für den wirtschafts- und wissenschaftspolitischen Standort Bonn.

DIE LINKE.Bonn fordert deshalb

- den Ausbau des Universitätswesens in qualitativer und quantitativer Hinsicht.
- die Weiterentwicklung der Stadt Bonn zu einem international renommierten Kongreß- und Tagungszentrum
- den Ausbau der Tourismusbranche
- die Absage an alle Bestrebungen, die letzten Bonner Ministerien, an denen ca. 10.000 Arbeitsplätze hängen, nach Berlin zu verlagern.
- jegliche Planungen, städtische oder sub-städtische Institutionen zu privatisieren oder teilzuprivatisieren oder sich auf waghalsige cross-border-leasing-Geschäfte einzulassen, müssen unverzüglich eingestellt oder rückgängig gemacht werden.

5. Stadtentwicklung und Verkehr

Bonn wächst und wird auch in Zukunft wachsen. In den letzten fünfzehn Jahren wurden in Bonn zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen, die viele Menschen nach Bonn führten. Dieses Wachstum ist eine Chance für die Stadt, bringt aber auch große Herausforderungen zur Sicherung der Lebensqualität mit sich. Der Zuwachs von Arbeitsplätzen und Einwohnern macht insbesondere ein entsprechendes Wachstum von Wohnraum erforderlich. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist eines der drückendsten Probleme der Menschen in Bonn. Auch deshalb ist Bonn eine Pendlerstadt. Neben einer aktiven Wohnungspolitik ist daher der massive Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs zwischen Bonn und den Gemeinden des Umlands notwendig.

Öffentlicher Nahverkehr statt privater Blechlawinen!

Wie in den meisten wachsenden Städten, so hinkt auch in Bonn der ÖPNV dem Wachstum hinterher. Wir wollen die Verhältnisse umkehren: Die öffentliche Verkehrsanbindung muss integraler Bestandteil jeder Planung sein. Denn wer sich erst einmal auf Individualverkehr eingerichtet hat ist nur sehr mühsam zum Umstieg auf Öffentliche Verkehrsmittel zu gewinnen.

- Ausbau des ÖPNV. Die jährlichen Fahrplanänderungen im Gebiet der SWB dürfen nicht zu einer qualitativen Einschränkung des Angebotes führen. Planänderungen müssen auf einem intensiven Diskussionsprozess mit Fahrgast- und Verkehrsverbänden beruhen. Die komplizierte Bedienung der Fahrscheinautomaten und die Auswahl des richtigen Tarifs müssen unbedingt vereinfacht werden. Außerdem soll das Tarifsystem vereinfacht werden.
- Um den Attraktivitätsgrad der Stadt Bonn zu erhöhen, bedarf es auch einer Investition in den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere durch den Ausbau von Straßenbahnlinien und der Anbindung von Straßenbahnlinien an DB-Strecken. Ziel muss hier der nachhaltige Auf- und Ausbau eines integrierten und ökologisch zukunftsweisenden Verkehrsnetzes sein.
- Zu einer jungen Stadt gehört ein angemessenes Nachtbusnetz. Die LINKE. fordert deutlich dichteres Angebot von N-Linien. Durch Linienüberschneidungen kann so zugleich auch ein höherer Nachtbustakt erreicht werden. Insbesondere ist es absurd, dass die Nachtbuslinien als Ringlinien nur in eine Richtung verkehren. Dadurch entstehen extrem lange und unattraktive Fahrzeiten.
- Zur Finanzierung eines attraktiven ÖPNV ist die Erhaltung des Stadtwerke-Konzerns mit allen Geschäftsbereichen erforderlich. Die steuerfreien Quersubventionen innerhalb des Stadtwerke-Konzerns müssen erhalten bleiben. Auch steigende Energiepreise sollten nicht durch Preissteigerungen an die NutzerInnen des ÖPNV weitergegeben werden. Der ÖPNV muss durch ein dichtes Netz und niedrige Preise an Attraktivität gegenüber dem Auto gewinnen. Die dann steigende Nutzung führt zu einem höheren Kostendeckungsgrad und kann das städtische Defizit mindern, bis ein „kostenloser ÖPNV“ (s.u.) realisiert wird. DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass die städtischen Vertreter sich auch in den VRS-Gremien für stabile Fahrpreise einsetzen.

- Das aktuell gesunkene Defizit des ÖPNV ist zu einem erheblichen Teil auf Kosten der Beschäftigten gegangen, wie Stadtwerke-Chef Zemlin selbst bestätigt. Der Respekt vor den Kollegen die uns Tag- und Nacht sicher durch Bonn fahren verlangt: Keine Dumpinglöhne im Nahverkehr! Auch der Einsatz von Ein-Euro-Jobbern bei den SWB muss dort wie überall eingestellt und in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden.

Perspektive: Bonn für Alle und umsonst!

Würde die „SWB - Bus und Bahn“ auf sämtliche Fahrgeld-Einnahmen verzichten, würde dies 48 mio. Euro kosten. Viel Geld! - Und doch nur halb soviel wie CDU und SPD in die schwarzen Löcher der Sparkasse werfen wollen. Die LINKE.Bonn setzt ihre Prioritäten im sozialen Bereich und bei der Bildung. Deshalb können wir für die vor uns liegende Legislaturperiode keinen kostenlosen ÖPNV versprechen. Die Zahlen zeigen aber deutlich: Kostenloser ÖPNV ist keine weltfremde Träumerei sondern ein realistisches Ziel für die absehbare Zukunft. Der kostenlose ÖPNV ist notwendig zur Sicherung der Mobilität aller bei Wahrung der ökologischen Verantwortung. Konkret wird sich DIE LINKE. Bonn in der kommenden Legislatur für Modellprojekte einsetzen, die die Vorzüge eines kostenlosen ÖPNV erlebbar machen: Freie Fahrt für Schüler in den Ferien oder bestimmte Aktionswochen in denen Senioren in Bonn ohne Kosten mobil sind, können ein Start in die kommunale Verkehrswende sein! DIE LINKE. Bonn wird sich dahingehend auch für den Erhalt und die Ausweitung von Schülertickets einsetzen. Auch die Jobtickets müssen ausgeweitet und zu einem einheitlich günstigen Preis angeboten werden.

Spielen erlaubt!

Der öffentliche Nahverkehr macht in Bonn schon heute 80 Mio. Autofahrten im Jahr überflüssig. Dies bedeutet weniger Blech auf unseren Straßen. Durch den Ausbau des ÖPNV würden weitere Mio. PKW Fahrten ausbleiben. Gleiches kann durch eine Ausweitung der Radfahrwege erreicht werden. Weniger Verkehrsaufkommen schafft Freiräume für die Einrichtung von Busspuren die den ÖPNV schneller und somit attraktiver machen könnten. Aber ebenso entsteht Raum für Spielstraßen. Kinder sind allemal kreativer als Spielplatzentwickler, die spielende Kinder in erster Linie als haftungsrechtliche Probleme betrachten. Kinder brauchen Platz - für den Rest sorgen sie selber.

Besser rot als tot!

Der Abbau von Ampeln aus Kostengründen muss beendet werden. Kommunale Verkehrspolitik muss sich an den Unfallzahlen messen lassen, nicht an den Haushaltsdaten. Sofern es die örtlichen Gegebenheiten erlauben und die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt oder sogar verbessert wird, sehen wir in Kreisverkehren eine Alternative zu Ampelanlagen.

Die Bahn als starker Partner für demokratische Verkehrsplanung in Bonn!

Bonn ist durchzogen von einer stark befahrenen Eisenbahnstrecke. Für ewiges Warten an den Schranken erwarten die Bonnerinnen und Bonner zu Recht, dass die Bahn ihre Hausaufgaben macht. Dazu gehört: Die bislang unverantwortliche Streckensicherung im Stadtgebiet und angemessener Lärmschutz. Durch eine Modernisierung der Zugflotte lässt sich die Lärmbelastung der Bonner Eisenbahn-Anwohner deutlich reduzieren. Die rollenden Schrottplätze der DB auf den links- und rechtsrheinischen Strecken müssen endlich von der Zugtechnik des 21. Jahrhunderts abgelöst werden.

Bonn braucht die Bahn als Partner, auch für die zügige Realisierung des Bahnhofs Bundesviertel und die Instandhaltung der kleineren Bonner Bahnhöfe. Durch dieses Projekt kann der Pendlerverkehr entzerrt- und der Knotenpunkt Hauptbahnhof/Busbahnhof entlastet werden. Damit würden neue Spielräume für die Verkehrsplanung eröffnet. Die Bonner Verkehrspolitik braucht daher einen Partner der nicht Gewinnziele sondern Fahrtziele ansteuert. Deshalb ist eine Bahn in öffentlichem Eigentum auch für Bonn von zentraler Bedeutung.

Zudem dürfen zwei der größten Grundstücke im Bonner Stadtgebiet (die links- und rechtsrheinischen Bahnstrecken), nicht zum Spekulationsobjekt werden. Alle Bonner Parteien sind daher aufgefordert ihren Einfluss in Berlin zum Wohle Bonns zu nutzen. Das heißt: Bahnprivatisierung stoppen!

Konkret fordert DIE LINKE. Bonn:

- Die Vernichtung von Wohnraum in der Innenstadt zu Gunsten von Geschäftsräumen muss gestoppt und wo es möglich ist zurückgeführt werden. DIE LINKE Bonn will keine Innenstadt die nach Ladenschluss ausgestorben ist. Die Stadt muss eine aktive Rolle im Wohnungsbau einnehmen.
- Ein sozial orientiertes Quartiermanagement muss die einzelnen Stadtbezirke und Viertel in den Fokus nehmen. Städtische Aufgabe ist es insbesondere dezentrale Begegnungsstätten und Jugendtreffs einzurichten und zu fördern, damit zivilgesellschaftliches Leben in den Bezirken und Vierteln gestärkt wird.
- Zur Ausweitung öffentlicher Räume in unserer Stadt gehört die Einrichtung kostenfreier Wickelräume und Toiletten in den Stadtbezirken.
- Die Lebensqualität in einer Stadt hängt auch davon ab, in welcher Form Erholungs- und Schutzgebiete vorhanden sind. Die Ausweisung von Schutzgebieten und Grünanlagen in Bonn muss forciert werden.
- Nahezu die Hälfte des Bonner Stadtgebietes ist versiegelt. Die Bauleitplanung in Bonn muss im Sinne einer lebenswerten Stadt durch innovative Planungsansätze zukünftig nachhaltig und flächenschonend ausgerichtet werden.
- Bonn ist Bundesstadt. DIE LINKE. Bonn bekennt sich im Interesse der Beschäftigten zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn muss auch aus geschichtlichen Gründen und als Ausdruck des föderalen Staatsaufbaus Regierungssitz bleiben. Die horrenden Kosten, die ein Komplettumzug verursachen würde, kann sich unser Land nicht leisten. Aus diesen Gründen verteidigen wir den Regierungssitz Bonn und suchen aktiv die Auseinandersetzung mit denen, die anderes vertreten – auch in unserer eigenen Partei.
- bewohnerorientierte Erneuerungskonzepte unter Mitwirkung aller Bürger, auch der Migranten/innen, an der Stadtelementwicklung, Planung und Ausgestaltung im Wohnbereich und Umfeld
- eine ganzheitliche ausgeglichene Stadtentwicklung, in der Integrationspolitik in ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept eingebunden ist, das soziale und räumliche Segregation vorausschauend verhindert und benachteiligte Stadtteile gezielt fördert um die Schere zwischen besser gestellten und armen Stadtteilen beharrlich zu verringern

6. Bildung und Kultur

Bildung

Bildung ist die Grundlage für gesellschaftliche Chancen. Nur die Gleichheit im Zugang zu Bildung gewährleistet gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Bildung ist ein Menschenrecht und sein Erwerb muss allen, unabhängig von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, gleichermaßen offen stehen. Daher lehnen wir Bildungsentgelte wie KITA-Gebühren, Studiengebühren oder Schulgeld konsequent ab. Aufgabe kommunaler Bildungspolitik ist allem voran die Rahmenbedingungen für den Bildungserwerb aller stetig zu fördern und zu verbessern.

Vorschulische Bildung

- **Betreuungsquote:** Die Stadt muss mit einem kommunalen Management dafür sorgen, dass die Betreuungsquote die Zielmarke von 100% erreicht. Ziel ist es, dass alle Kinder wenigstens ein Jahr vor der Einschulung einen Kindergarten besuchen. Die U3 Betreuung muss ausgebaut werden.
- Bei den Gebühren zur Kindertagesbetreuung sind wir für eine generelle Beitragsfreiheit. Die Beitragsfreiheit soll stufenweise in fünf Jahren erreicht werden. Im ersten Schritt soll für die ersten beiden Beitragsstufen (bis 36.813 Euro Jahresfamilienbruttoeinkommen) die Gebühren erlassen werden. Beispiel einer Kommune mit niedrigen KITA Gebühren ist beispielsweise Siegen-Wittgenstein: hier gilt bis zur zweiten Einkommensstufe Beitragsfreiheit.

- für eine verstärkte Einstellung und Ausbildung von Erzieher/innen mit Migrationshintergrund und die Förderung der interkulturellen Erziehung
- Um allen Kindern gleiche Bildungschancen zu eröffnen, ist es notwendig das Angebot an vorschulischer Sprachförderung weiter auszubauen. Dabei müssen die Hilfsangebote deutlich früher als im 4. Lebensjahr beginnen. DIE LINKE in Bonn wird sich aktiv für die Fortführung und flächendeckende Durchführung von fortschrittlichen Sprachförderprogrammen, z.B. unter Einbeziehung der Eltern, einsetzen.
- Das Landesprogramm zur Sprachstandserhebungen bei Vierjährigen (DELFIN-4) muss kritisch begleitet werden und soll unter verbesserter Einbeziehung der Erzieherinnen und Erzieher erfolgen. Da das Sprachstandsfeststellungsverfahren generell zahlreiche Mängel aufweist und den Förderbedarf nicht zuverlässig ermitteln kann, muss sich Bonn auf andere Maßnahmen stützen, um die Sprachkompetenzen der Kinder im Vorschulalter zu verbessern. Dazu fordern wir:
- Maßnahmen der Stadt, um durch Aufklärungskampagnen und Ausbau der KITA-Plätze das Ziel zu erreichen, dass 100 Prozent der Kinder mindestens ein Jahr vor der Einschulung eine KITA oder einen Kindergarten besuchen.
- Den zusätzlichen Einsatz, entsprechend qualifizierten Personals in KITAs und Kindergärten zur Verbesserung der Sprachkompetenzen der Kinder zum Beispiel beim Spielen.

Mittagessen für Bonner Kinder in KITAs und Schulen

- Gesundes Mittagessen in KITAs als ein fester Bestandteil des Ganztagsangebots. Und wir fordern dazu den flächendeckenden Ausbau der Schulen mit Mensen.
- Mittagessen für alle Kinder in Bonn kostenlose Schulspeisung und Mittagessen in KITAs.

Schulpolitik

- Die LINKE.Bonn fordert die Einrichtung einer vierten Gesamtschule in Bonn.
- Die Theodor-Litt Schule (Sekundarhauptschule) ist ein Etikettenschwindel. Um den Erfolg der Modellschule sicherzustellen, muss die Theodor-Litt Schule in die Lage versetzt werden, auf die gymnasiale Oberstufe vorzubereiten. Dafür braucht sie eine bessere Personalausstattung, die sowohl den Spanischzweig als auch den technisch-naturwissenschaftlichen Zweig stützt.
- Wir fordern beitragsfreie Offene Ganztagschulen (OGS). Als ersten Schritt fordern wir ab sofort eine beitragsfreie OGS bis zur zweiten Einkommensstaffel (36.813 Euro Jahresfamilienbruttoeinkommen).
- Personalschlüssel: zusätzliches Personal und Ausstattung für Schulen in sozialen Brennpunkten in KITAs und Schulen.
- Wiedereinführung der Wohnortbindung für GrundschülerInnen
- Schulmittel: Beihilfe für Kinder aus Bedarfsgemeinschaften. In Form einer Erstausrüstung mit Schulmitteln wie Schulranzen, Stiften, Malkasten, Büchern, etc.
- Koordinierte Schulentwicklungsplanung mit den Nachbargemeinden im Kreis Rhein-Sieg Kreis.
- Instandhaltung der Schulgebäuden mit rechtzeitiger Renovierung
- Die Kommune soll darauf hinwirken, dass die Gesamtschulplätze vorgezogen und damit vor den möglichen Anmeldungen an anderen Schulen vergeben werden. Aktuell ist das Anmeldeverfahren als Absprache zwischen den Schulen geregelt:

Ausbau des Ganztagsangebots

- öffentliche Trägerschaft der OGS.
- Pädagogisch ausgebildetes Personal für den Nachmittagsbereich zur Sicherstellung von pädagogischen Angeboten in der OGS
- Eine qualitative Verbesserung der Bildungsangebote kann nur einhergehen mit einer Aufwertung der Beschäftigungssituation des Personals. Das bedeutet: besonders eine Bezahlung nach den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes.
- Ausbau der Angebote mit echtem Ganztagsstundenplan

Integrative Bildungspolitik in Bonn!

Insbesondere in den Bonner Stadtteilen mit hohem Förderbedarf für Kinder mit Migrationshintergrund und deutschen Kindern, bedarf es nach Meinung der LINKEN eine ausreichende sozialpädagogische Betreuung und mehr Personal mit interkulturellen Kompetenzen, Material und Räumlichkeiten. Damit Schulen keine Lernfabriken werden und individuelle Förderung überhaupt stattfinden kann, bedarf es kleinerer Klassen. Kinder- und Jugendeinrichtungen wie Jugendzentren oder Stadtteilbüros in diesen Stadtteilen müssen eine besondere Förderung an Sach- und Personalausstattung erhalten. Projekte, die eine stärkere Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund anstreben, finden die Unterstützung unserer Partei.

Wir fordern für Jugendliche mit Migrationshintergrund:

- begleitende, zusätzliche Unterstützung in der Ausbildung zur Sicherung des Ausbildungserfolges und zielgruppenspezifische und differenzierte Maßnahmen zur Nachqualifizierung
- Sensibilisierung der Ausbildungsbetriebe für die Chancen, die sich aus der Nutzung von vorhandenen Stärken und Kompetenzen von zugewanderten Jugendlichen, insbesondere im interkulturellen Bereich, ergeben
- Wir setzen uns für längerfristige, solide finanzierte Förder- und Gestaltungsprojekte in verlässlicher Kontinuität ein, die sich die Verbesserung der Lebenslage von Jugendlichen in den Stadtteilen und ihrer beruflichen Qualifizierung zum Ziel setzen. Insbesondere öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze finden unsere Unterstützung.

Hochschule

- einen kommunalen Studierendenbeirat, der die Bedürfnisse der Studierenden, vor allem die Wohn-, Praktikums- und Verkehrsbedürfnisse, in die kommunalen Gremien einbringt;
- eine kommunale Organisation der Kontakte zwischen Schulen und Uni Bonn, damit es nicht dem Zufall überlassen bleibt, ob die Schüler/innen von den Angeboten der Hochschulen Gebrauch machen können

Weiterbildung

- den Ausbau des flächendeckenden Angebots der Volkshochschulen.
- den Ausbau der kulturellen, musischen, politischen, künstlerischen und berufsbildenden Bildungsangebote der Volkshochschule Bonn.

Zugang zur Kultur für Alle!

Für DIE LINKE ist Kultur eine Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Kultur ist das, was unser Leben ausmacht. Eine hoch entwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige „Freie Szene“ erhöhen die Lebensqualität in einer Gemeinde. Auch die Stadt Bonn gibt Geld für „große“ und „kleine“ Kultur aus. Für sie ist Kulturförderung ein Teil ihres kommunalen Selbstverständnisses. Von Theatern, Museen, Orchester und Bibliotheken, über Musik- und Kunstschulen bis hin zu Volkshochschulen und Denkmalpflege.

Trotz der relativ hohen Ausgaben gelingt es nicht, „Kultur für alle“ zu organisieren. Kultur ist Lebensgrundlage dieser Gesellschaft und bedarf des Schutzes und der Förderung. Insbesondere ältere Menschen mit geringen Renten und Kinder, die von ALG II leben, werden Tag für Tag ihrer Chancen auf gesunde Ernährung und gute Bildung beraubt. Darüber hinaus können sie sich keine kulturelle Teilhabe leisten, während die CDU behauptet, sie „wolle keinen zurücklassen“.

Auch in der Kultur wird verstärkt der Rotstift angesetzt. Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lehnen wir entschieden ab. Stattdessen befürworten wir eine Zusammenarbeit zwischen Bonn und anderen Kommunen, die sich gegenseitig fördern, um bestehende kulturelle Einrichtungen besser zu nutzen. Denn Kultur hat an Lebensqualität, Identität, Wachstum, Integration und Bildung in einer Kommune entscheidenden Anteil und ist somit eine unverzichtbare Grundlage für ein soziales und gerechtes gesellschaftliches Zusammenleben.

DIE LINKE verfolgt das Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Deshalb setzt sie sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote anstelle einer angeblichen „Leitkultur“ ein. Film und Fernsehen bieten eine Chance, sozialpolitische Themen für weite Kreise der Bevölkerung interessant zu machen und die notwendigen Informationen zur breiten Mitwirkung im Gemeinwesen leicht verständlich aufzubereiten. Solche Projekte gilt es zu fördern. Deshalb setzen wir uns für den Ausbau des selbst verwalteten, unabhängigen Bürgerfunks ein, statt ihn weiter einzuschränken.

Nein zum Festspielhaus Beethoven!

DIE LINKE. Bonn lehnt den Bau eines Festspielhauses Beethoven unter den gegebenen Umständen ab. Die Finanzierung des Baus durch die drei Bonner Dax-Konzerne kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentliche Hand durch die steuerliche Absetzbarkeit bei den Konzernen einen großen Teil der Kosten trägt. Inakzeptabel ist insbesondere auch, dass die Stadt in vorauseilendem Gehorsam gegenüber den Konzernen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bau des Festspielhauses realisiert und hierbei auf elementare Einflussnahmemöglichkeiten verzichtet, ohne dass eine abschließende Konzeption der Betriebskostenfinanzierung oder des künstlerischen Konzeptes vorliegt. Damit droht die Einflussnahme der privaten Bauherren auf die Betrieb des Festspielhauses. Einen solchen Einfluss Privater, insbesondere großer Konzerne auf die Kulturlandschaft lehnt DIE LINKE. Bonn grundsätzlich ab. Vor diesem Hintergrund und wegen des großen Angebotes entsprechender Häuser in der Region sind wir daher gegen den Bau des Festspielhauses. DIE LINKE. Bonn steht vielmehr für die Förderung der facettenreichen Bonner Alternativ- und Kleinkunstszene!

Rathaus und Redoute in öffentlicher Hand erhalten!

Eine öffentliche Aufgabe ist auch die Sicherung kultureller Bauten, die das Bonner Stadtbild prägen. Wir treten daher für eine Sanierung des Alten Rathauses durch die öffentliche Hand ein. Hierbei müssen Schwerpunkte bei der energetischen Sanierung gesetzt werden. Die Instandsetzung von Schulen und Bildungseinrichtungen geht der Sanierung des Rathauses allerdings vor! Ein in der Öffentlichkeit andiskutiertes PPP-Projekt lehnen wir nicht nur hier sondern grundsätzlich ab. Die Stadt ist gefordert ihren Verpflichtungen zur Instandhaltung unserer Infrastruktur nachzukommen. Als skandalös werten wir weiterhin die Verscherbelung historischer Bauten, die allen Bonnerinnen und Bonnern offen stehen müssen. Die Privatisierung der Redoute lehnen wir daher ab.

Rettet das Metropol!

Zur Kultur gehört auch eine attraktive Kinolandschaft, die weniger auf Massenkino setzt sondern anspruchsvolle Filme in geeignetem Ambiente vorführt. Die Nutzung des Metropolkinos für einen Billig-Laden ist dahingehend eine Schande! DIE LINKE. unterstützt die Bürgerinitiative und alle Kräfte, die sich für eine dem Denkmal angemessene Nutzung als Kino einsetzen. Die etablierte Kommunalpolitik hat sich hier allerdings als halbherzig herausgestellt. Eine Nutzungsart über das Denkmalrecht durchzusetzen ist jedenfalls riskant. DIE LINKE. Bonn betont, dass die öffentliche Hand, sofern sie Einfluss auf die Nutzung von privaten Bauten nehmen will, konsequent auch von der Möglichkeit eines kommunalen Vorkaufrechtes Gebrauch machen soll. Dann kann die Öffentliche Hand als Eigentümerin entsprechende Nutzungen durch die Auswahl von Pächtern oder den Eigenbetrieb sichern.

DIE LINKE tritt ein für:

- die Neuausrichtung der kommunalen Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“;
- Eine soziale Preispolitik ist daher bei allen Kultureinrichtungen zu gewährleisten. Niemand darf aus sozialen Gründen von den Kulturangeboten ausgeschlossen werden.
- die Förderung der kulturellen Vielfalt, statt „Leuchtturmprojekte“;
- eine antirassistische, interkulturelle Politik statt „Leitkultur“;
- die Förderung des freien Bürgerfunks, die Aufhebung der gekürzten Sendezeiten und die Wiedereinführung der Sendezeiten am frühen Abend
- die Wiedereinführung des Musikunterrichts, wo er in den Schulen ausfällt;
- die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Musikschule
- Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen

7. Ökologie

Umwelt und Verkehr (ÖPNV und Individualverkehr)

- Im Bereich des gesamten ÖPNV sollten die Qualität und die Taktzahlen verbessert werden, um mehr Anreize für das Umsteigen zu schaffen. Busse und Bahnen sollten deshalb auch noch später fahren.
- Im Bereich des Individualverkehrs spricht sich Die Linke Bonn für jeglichen Stopp des Autobahnbaus im Bonner Stadtgebiet aus (kein Venusbergtunnel u.a.). Der Ausbau von Radwegen sollte vorangetrieben werden. Die Wirkung von Umweltzonen ist fraglich und gering und sollte daher überprüft werden. In Wohngebieten sollten mehr Tempo-30 Zonen eingerichtet werden.

Abfallentsorgung

- Statt Müllverbrennung fordert Die Linke Bonn die Priorität von Abfallvermeidung und Verwertung auf kommunaler Ebene. Kommunale Wertstoffhöfe könnten ebenfalls zur Müllvermeidung und zu stofflichem Recycling beitragen.

Energie (Strom, Gas und Fernwärme)

- Die Linke Bonn fordert ein Förderprogramm zur energetischen Sanierung von öffentlichen und privaten Gebäuden auf kommunaler Ebene. Der Ausbau von Fern- und Nahwärmeversorgung in Bonn sollte vorangetrieben werden. Dies gilt insbesondere für öffentliche Gebäude und Ministerien, die sich in Bonn befinden.. Wo möglich, sollten diese auch beim Ausbau mit Solarenergie (Solarthermie und Photovoltaik) in Bonn eine Vorreiterrolle übernehmen. Ein kommunales Klimaschutzprogramm sollte in Bonn initiiert werden.
- Bonn trägt als Sitz des UN-Klimasekretariats eine besondere Verantwortung auf dem Gebiet des Klimaschutzes. Die SWB haben im Bereich erneuerbarer Energien und Kraft-Wärme-Kopplung vieles erreicht und heben sich dadurch positiv von den privaten Energieversorgern ab. Das weitere Vorschreiten auf diesem Gebiet unterstützen wir.
- Der Zugang zu Energie muß auch für die Bevölkerung mit geringem Einkommen bezahlbar werden. Die Linke Bonn fordert daher einen Sozialtarif für Strom und Gas. Dies darf aber nicht zu Energieverschwendung führen. Sinnvoll wäre ein Programm zur energetischen Sanierung und Energieberatung für Haushalte mit geringem Einkommen.

Wasser und Abwasser

- In der Abwasser-VO der Länder sind in den Anhängen 1 nur Grenzwerte für Phosphor und Stickstoff

genannt. Ein großes Problem stellen auch die Medikamente in Abwassern dar. Die Einleitung dieser Stoffe muß besser überwacht werden. Es muß aber auch das Bewußtsein für Stoffe, die umweltrelevant sind und die Selbstüberwachung verbessert werden. Die EU fordert, bis 2015 alle Gewässer in einen ökologischen Zustand zu bringen. Hier ist die Stadt Bonn gefragt, die die Bestandsaufnahme der Wasserrahmenrichtlinie umsetzen muß.

- Die Linke Bonn fordert: „Keine Privatisierung der Trinkwasserversorgung!“.

Naturschutz

- Die Linke fordert eine bessere Kennzeichnung von Naturschutzgebieten in Bonn. Wichtig ist auch ein verbesserter effektiver Schutz der Naturschutzgebiete. Dies gilt insbesondere für einen besseren Schutz vor Haustiereinfluß. Der politische Druck für einen verbesserten Schutz muss erhöht werden. Die Linke Bonn fordert eine flächendeckende Förderung des Naturschutzes in Bonn, zum Schutze der Natur und um ihn für alle Menschen verständlich und erlebbar zu machen.

Gesundheit und Lebensmittel

- Die Bevölkerung Bonns hat ein Recht auf eine gesunde Umwelt und gesunde Lebensmittel. Eine für die Bürger zugängliche Lebensmittelüberwachung sollte als Anlauf- und Beschwerdestelle in Bonn erhalten bleiben.

8. Internationales und Antifaschismus

Bonn ist eine internationale Stadt. Das multikulturelle Klima, die Präsenz internationaler Institutionen und die Verbindungen in die ganze Welt verpflichten die Kommune zu einer Politik des Friedens, der globalen Gerechtigkeit und des toleranten Miteinanders.

Wir fordern konkret:

- Die Städtepartnerschaften der Stadt Bonn und der Stadtbezirke gilt es zu stärken und mit Leben zu füllen. Ein internationales Miteinander entsteht vor allem durch zivilgesellschaftlichen Austausch und nicht durch wechselseitige Besuche lokaler Politprominenz. Schulklassen, Vereine, Bürgerinitiativen und Stadtteilgruppen können dazu beitragen, Vertrauen zu bilden und Freundschaften zu pflegen. DIE LINKE. Bonn tritt dafür ein, nur noch für diese Form der Partnerschaftspflege städtische Mittel zur Verfügung zu stellen.
- Neue Städtepartnerschaften müssen der internationalen Verständigung dienen. DIE LINKE. Bonn begrüßt daher die Initiative für eine Partnerschaft mit der palästinensischen Stadt „Nablu““. Dies könnte in Verbindung mit der bestehenden Partnerschaft mit Tel Aviv Raum der Begegnung für die Menschen aus der Konfliktregion des Nahen Ostens eröffnen.
- Jenseits ritualisierter Politikgepflogenheiten wird die Stadt Bonn im Ausland vornehmlich über die vielen Gruppen wahrgenommen, die z.B. wichtige Hilfe zur Selbsthilfe in den Ländern des Südens leisten und die Idee der Einen Welt in unsere Stadt tragen. Das internationale Konzept der Bundesstadt Bonn muss maßgeblich auf diese Gruppen ausgerichtet und ihre Arbeit muss stärker unterstützt werden. Ein erster Schritt wäre die formale Anerkennung der freundschaftlichen Verbindungen, die von vielen Bonner Vereinen, beispielsweise nach San Ramon, Nicaragua oder Petropolis, Brasilien gepflegt werden. Dadurch würde das ehrenamtliche Engagement anerkannt und das internationale Profil Bonns gestärkt.
- Der Tag der interkulturellen Begegnung und der Eine-Welt-Tag in Bonn stellen für viele Initiativen im internationalen Bereich eine gute Möglichkeit dar, die eigene Arbeit der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Eine-Welt-Tag konnte jüngst nicht mehr stattfinden. DIE LINKE. Bonn erwartet von der Stadt durch organisatorische und finanzielle Unterstützung Impulse für eine Neuauflage zu geben.
- DIE LINKE. Bonn fordert die Wiederbereitstellung der von der schwarz-gelben Landesregierung gestrichenen Mittel für kommunale Entwicklungshilfe sowie die Rücknahme der Finanzkürzungen für

die lokale Koordination der Entwicklungszusammenarbeit (Streichung der Promotorenstellen).

- Globale Gerechtigkeit beginnt lokal. DIE LINKE. Bonn setzt sich dafür ein, dass im Vergabe- und Beschaffungswesen der Bundesstadt Bonn soziale Mindeststandards verankert und ausgebaut werden. Internationaler Handel muss auf fairen Bedingungen fußen. Kinderarbeit und Ausbeutung von Natur und Menschen in den Ländern des Südens darf von der Bundesstadt Bonn keinesfalls aus finanziellen Gründen mit Aufträgen honoriert werden. Dieser Ansatz muss überall gelten, wo die Stadt Bonn Einfluss besitzt. Auf den Friedhöfen dürfen z.B. keine Grabsteine mehr aufgestellt werden, die aus Steinbrüchen stammen, wo Kinderarbeit stattfindet. Eine entsprechende Zertifizierungspflicht muss in der Friedhofssatzung verankert werden.
- Die Bundesstadt Bonn ist UN-Stadt. Für DIE LINKE. Bonn ist die Präsenz der Vereinten Nationen trotz bestehendem Demokratisierungs- und Reformbedarf ein Gewinn für die Stadt. Wir werden uns auch zukünftig für eine Ausweitung der Präsenz von UN-Organisationen und anderen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) einsetzen. Dies muss mit erlebbaren Begegnungsmöglichkeiten für die Bevölkerung einhergehen.
- Kommunalpolitik in einer international verankerten Stadt wie Bonn ist auch immer Friedenspolitik. Wir wenden uns daher gegen die Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen zivilen Institutionen der Stadt und der Bundeswehr im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit, die den Einsatz der Bundeswehr im Innern vorantreibt. Internationale Städtepartnerschaften und die Beteiligung der Stadt Bonn am Netzwerk „Cities for Peace“ fördern vielmehr das Kennenlernen und friedliche Zusammenleben. In Zukunft soll der/die OberbürgermeisterIn Bonns mehr als nur passives Mitglied der internationalen Gemeinschaft „Mayors for Peace“ sein. Durch Ratsbeschluss soll diese Mitgliedschaft zu einer gesamtstädtischen Angelegenheit gemacht werden. DIE LINKE. Bonn unterstützt das jährliche Gedenken an die Opfer des Atomwaffenangriffes auf Hiroshima.
- Bereits seit 1880 wird die Ermekeilkaserne in der Bonner Südstadt militärisch genutzt. Im Jahr 2012 zieht sich das Bundesverteidigungsministerium von dem Areal zurück und eröffnet damit die Möglichkeit zu einer endgültigen zivilen Nutzung nach über 130jähriger Präsenz des Militärs. DIE LINKE. Bonn unterstützt die „Initiative für eine zivile Nutzung der Ermekeilkaserne“. Ein Begegnungs- und Kulturzentrum auf dem Gebiet der Ermekeilkaserne muss ein Beispiel dafür werden, welche kulturellen und sozialen Potenziale ein Rückzug des Militärischen aus der Gesellschaft freisetzen kann. Die Stadt muss die planungsrechtlichen Schritte zur Konversion des Areals einleiten und die Initiative in ihrem Anliegen konsequent unterstützen.
- Auch in Bonn sind viele Straßen und Plätze nach Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens benannt. DIE LINKE Bonn tritt für eine Umbenennung ein, wenn sich dahinter Menschen verbergen, deren Leben und Wirken in völligem Widerspruch zu demokratischen Grundsätzen steht. Die Roonstraße ist nach Albrecht Roon (1803-1879) benannt. Als Feudalherr und hoher Offizier bekämpfte er die 1848er Revolution in Deutschland. Er brachte es bis zum preußischen Kriegsminister unter Bismarck. Wir fordern daher die Umbenennung der Roonstraße, die Offenlegung der Straßenbenennungsliste sowie Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Entscheidung über die Namen von Straßen und Plätzen. In diesem Sinne will sich DIE LINKE. Bonn auch dafür einsetzen, die Maxstrasse in der Altstadt wieder in Karl-Marx-Straße umzubenennen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die zuständigen Stellen bei Polizei und Verwaltung die zunehmende Präsenz neofaschistischer Organisationen in unserer Stadt nicht verharmlosen, sondern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Gegenmaßnahmen entwickeln. In diesem Sinne unterstützen wir die Initiativen der Bürgerinnen und Bürger gegen Rechts. Wir treten für die Bereitstellung von Mitteln zur kommunalen Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus ein und für die Einrichtung einer Informations- und Beratungsstelle gegen Rechtstextremismus.

Für ein antifaschistisches Bonn!

Antifaschismus und der Einsatz für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft ist für DIE LINKE. Bonn Teil ihres Selbstverständnisses. Hierzu gehört zunächst eine lebendige Gedenkkultur. Gerade jungen Menschen muss in Anbetracht der Gräueltaten des Nationalsozialismus nahe gebracht werden, dass Rechtsextremismus keine legitime Meinung im Meinungsspektrum der Demokratie ist. Die Pflege der Gedenkstätten im Stadtgebiet und ihre Einbindung in ein lebendiges antifaschistisches Klima, dass dem Rechtsextremismus

sowohl auf der Straße als auch den rassistischen Ressentiments in den Köpfen offensiv entgegen tritt, ist daher Alltagsaufgabe von Stadt und Zivilgesellschaft.

Das neofaschistische Spektrum bekommt aktuell Unterstützung durch eine sog. Bürgerbewegung „Pro NRW“, die sich zwar verbal von der NPD und ihren Tarnorganisationen abzugrenzen versucht, jedoch zum großen Teil eine ähnliche Politik vertritt. Unter dem Deckmantel der Verhinderung von muslimischen Moscheen bedienen sie immer wieder dieselben rassistischen Vorurteile und Ressentiments. Im September 2008 verhinderten Zehntausende in Köln, darunter viele Bonner, einen internationalen Rassistenkongress, der von dieser Organisation initiiert wurde. „Pro NRW“ will bei den Kommunalwahlen in NRW flächendeckend antreten, unter anderem auch in Bonn als „Pro Bonn“.

Das Grundrecht auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und der Grundsatz der Menschenwürde beinhaltet das Recht der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Wir verurteilen jegliche Diskriminierung von Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit. Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses steht für die DIE LINKE nicht zur Debatte. Dazu zählen auch religiöse Einrichtungen und Bauten. Auch Muslime müssen die Möglichkeit haben in angemessener Form und auch repräsentativen Gebäuden ihrem Glauben nachzugehen.

Der politische Missbrauch des Islam durch einzelne fundamentalistische und minderheitliche Richtungen, wird nicht durch Hetzkampagnen und konfessionelle Unterdrückung bekämpft, sondern durch die Bekämpfung seiner politischen und sozialen Ursachen.

DIE LINKE Bonn warnt nachdrücklich davor, auf die sozialdemagogische Propaganda rechtspopulistischer oder Neonazi-Parteien hereinzufallen. Ihre Parolen, ihre tätlichen Angriffe und Brandanschläge gegen Nichtdeutsche, die hier leben oder verheiratet sind, gegen Touristen, Andersdenkende, anders Aussehende, Behinderte und Menschen anderer sexueller Orientierung haben keinen anderen Zweck, als von den wirklichen Ursachen sozialer Ungleichheit und Not abzulenken und den gemeinsamen Kampf aller Arbeitenden, Erwerbslosen und Benachteiligten zu spalten. Sie sollen elementare zwischenmenschliche Solidarität und Achtung voneinander verhindern. Die deutsche Geschichte und die aktuellen Beispiele in vielen Ländern der Welt zeigen, dass nichts Gutes dabei heraus kommt, wenn Rassenwahn, Nationalchauvinismus, Unterdrückung und Faustrecht die Oberhand gewinnen.

Antifaschistische Politik muss die soziale Ungleichheit und ihre Rechtfertigung bekämpfen. Die Ausbreitung von rassistischen Vorurteilen und Ideologien kann letztlich nur durch eine Politik und durch eine breite gesellschaftliche Mobilisierung gestoppt werden, die die soziale und rechtliche Ungleichheit bekämpft und überwindet. Deshalb kann z.B. das Verbot neofaschistischer Organisationen nur einen Teil des Problems lösen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Herkunft, Religion, Geschlecht oder Hautfarben bei der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen für ein menschenwürdiges Leben und für die zwischenmenschliche Anerkennung keine Rolle mehr spielen.

Das will DIE LINKE:

- Wir fordern einen lokalen Aktionsplan gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ähnlich wie in unserer Partnerstadt Potsdam.
- Die Stadt Bonn soll Mitglied in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus werden
- Gemeinsames Handeln aller antifaschistischen Kräfte und Organisationen in Bonn
- Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln für die Bildungs- und Aufklärungsarbeit gegen Neofaschismus, besonders an Schulen, Jugend- und Familieneinrichtungen
- Förderung von kultureller und jugendpolitischer Arbeit gegen Rechts
- Nutzung aller rechtlichen und praktischen Mittel durch Verwaltung, Polizei und Justiz, um die Aktivitäten von Neonazis zu unterbinden
- Einrichtung einer Informations-, Beratungs- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus
- Einrichtung von Schutzräumen und Anlaufstellen für die Opfer rassistischer und neofaschistischer Gewalt mit Projekten wie z. B. „Noteingang“ oder dem „antirassistischen Telefon“

9. Finanzen

DIE LINKE.Bonn lehnt den Umbau der Stadtverwaltung zu einem Konzern ab. Betriebswirtschaftliches Denken darf nicht die Maxime der Kommunalpolitik sein. Für DIE LINKE.Bonn ist daher klar: Nicht die Einnahmen bestimmen die kommunalen Handlungsspielräume! Vielmehr ergibt sich aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten die Höhe des kommunalen Finanzbedarfes. Notwendige Maßnahmen dürfen nicht unter Verweis auf die desaströse Haushaltslage ausbleiben. Dieses Programm hat zentrale Zukunftsinvestitionen für ein soziales Bonn beschrieben. Darüber hinaus offenbart der neue Haushalt nach NKF-Systematik durch die Ausweisung der jährlichen Abschreibungen von Vermögensgegenständen den Bedarf an Investitionen zum Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur. Hierfür sind die notwendigen Mittel aufzubringen – ein Kaputtsparen unserer Stadt aus Gründen der Haushaltsdisziplin wird es mit der LINKEN nicht geben!

- DIE LINKE. Bonn tritt für eine sozial-verantwortliche Ausschöpfung der eigenen Einnahmepotenziale ein. Dies betrifft die spürbare Anhebung der Gewerbesteuer um mindestens 20%-Punkte. Weiterhin treten wir ein für die Prüfung innovativer Einnahmequellen. Hierzu gehört beispielsweise die sozialverträgliche Ausgestaltung einer Wertsteigerungsabgabe, welche die durch planerische Umwidmung von Flächen in Bauland eintretenden Wertsteigerungen zum Teil abschöpft. Die Erhebung einer Zweitwohnsitzsteuer lehnt DIE LINKE.Bonn hingegen ab. Betroffen wären schließlich nicht vornehmlich vermögende Immobilieneigentümer sondern allen voran Studierende und Wochenendpendler. DIE LINKE.Bonn tritt vielmehr für die Gewährung einer Zuzugsprämie ein. Mit einem positiven Anreiz können Menschen zur Verlagerung ihres Hauptwohnsitzes nach Bonn gewonnen werden und damit verbunden die Schlüsselzuweisungen des Landes erhöht werden.
- Darüber hinaus steht DIE LINKE.Bonn für eine verantwortliche Ausgabenpolitik, die sich konsequent an den gesellschaftlichen Notwendigkeiten orientiert. Mit einer strikten demokratischen Steuerung der öffentlichen Betriebe und der Sparkasse sowie deren konsequenten Ausrichtung auf Gemeinwohlbelange sorgen wir für Effizienz und legen verfilzte Strukturen trocken. Die Deckelung der Gehälter und Aufwendungen für Führungskräfte im öffentlichen Sektor eröffnet handfeste Sparpotenziale.
- Die notwendigen Maßnahmen für ein soziales Bonn können auch bei einem Ausschöpfen dieser Konsolidierungspotenziale nicht vollständig aus eigener Kraft heraus finanziert werden. DIE LINKE.Bonn tritt dahingehend der neoliberalen Verschuldungsphobie entgegen: Verschuldung ist nicht per se eine Versündigung an den kommenden Generationen. Die Vorhaltung einer leistungsstarken und bedürfnisorientierten Infrastrukturlandschaft ist schließlich ebenfalls im Interesse unserer Kinder. Nicht der isolierte Blick auf die städtische Schuldensumme sondern ihr Verhältnis zum Zustand und der Wertigkeit der Infrastrukturlandschaft in der Stadt ist daher für die Zukunftsfähigkeit einer Stadt aussagekräftig. Ohne zur Naivität im Hinblick auf Verschuldung und ihren Profiteuren zu neigen, lehnt DIE LINKE.Bonn die neoliberale Phobie vor fremdfinanzierten Infrastrukturinvestitionen daher ab. Aus der jahrelangen Unterfinanzierung der Kommunen hat sich allerdings vielerorts eine strukturelle Überschuldung ergeben. Diese muss vom Land als Verursacher abgetragen werden.
- DIE LINKE.Bonn bekräftigt, dass eine Gesundung der kommunalen Finanzen nicht alleine auf lokaler Ebene herbeigeführt werden kann. Der katastrophalen Finanzsituation der Kommunen muss durch eine umfassende Neuorganisation der kommunalen Finanzen durch Bund und Land begegnet werden. Notwendige Bestandteile müssen insbesondere die stärkere Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen der Gemeinschaftssteuern sowie die Revitalisierung der Gewerbesteuer als konjunkturunabhängige Gemeindefinanzierungssteuer sein. Weiterhin darf das Verbot der Aufgabenzuweisung vom Bund an die Kommunen im Grundgesetz nicht unterlaufen werden. Das Konnexitätsgebot in der Landesverfassung muss streng beachtet werden. Verstöße hiergegen müssen die Kommunen mit Klagen selbstbewusst beantworten. Weiterhin fordert DIE LINKE.Bonn, dass Unternehmen in die Pflicht genommen werden, soziale Auswirkungen eines profitgetriebenen Standortwechsels mitzufinanzieren.
- Auf allen politischen Ebenen tritt DIE LINKE. für eine Wiederbesteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit ein. Es muss Schluss gemacht werden mit den Steuergeschenken für Vermögende und Konzerne. Geld für notwendige gesellschaftliche Maßnahmen gibt es genug –

gerade auch in Bonn!